

Offener Brief an den Bundesrat

Sehr geehrter Bundesrat,

Die vom Bundesrat angeordneten Massnahmen erfüllen uns mit sehr grosser Sorge.
Erlauben Sie uns als Genschutz-NGO Ihnen einige Forderungen zu unterbreiten.

Solidarität und Menschenrechte

Die Regierung bewertete Menschenleben höher als wirtschaftliche Vorteile, dies ist ein höchst begrüssenswerter politischer Paradigmenwechsel.

Die vom Bundesrat angeordneten Massnahmen erfüllen uns jedoch mit sehr grosser Sorge.

Die Menschenrechte sind die wichtigste Errungenschaft und das wertvollste Gut unserer Zivilisation, sie dürfen nicht leichtfertig gefährdet werden. Denn auch eine nur zeitliche begrenzte Eliminierung der Menschenrechte durch die Regierungen bedeutet eine grundsätzliche Negierung ihrer Unantastbarkeit.

In Schweden blieben die Menschenrechte unangetastet, die Anzahl der Corona-Todesfälle ist vergleichbar mit denen der Schweiz/EU. Das ist der wissenschaftliche klare Beweis, dass der Lockdown nicht wirkte.

Die nächsten saisonalen Viren kommen bestimmt. Und sie können erneut für die Legitimierung von Hausarresten für die Bevölkerung und Arbeitsverboten genutzt werden.

Die fehlende Verhältnismässigkeit und Wissenschaftlichkeit

Der Lockdown verbreitete unverhältnismässige Todesängste: Lungenentzündungen verursachen rund 2-3% der jährlichen Todesfälle. Covid-19 war in Europa im Schnitt in 3% der jährlichen Todesfälle involviert, global in weniger als 1%.

Über 97% aller Menschen, die seit einem Jahr verstarben, starben nicht an Covid-19, sondern an anderen Ursachen.

Covid-19 bewirkte keine Todesraten, die einen weltweiten Lockdown rechtfertigen.

Dass Covid-19 nur in Ausnahmefällen dramatisch würde, konnte man nicht vorhersehen?

Statistiken sind eine leider allzu vernachlässigte, aber wichtige Grundlage, um das reale Ausmass von Bedrohungen zu beurteilen. Auf eine Evaluierung der immer heftiger beschworenen und bekämpften Pandemien wurde bisher verzichtet (die diesbezüglichen Daten der Schweiz; *Bundesamt für Statistik: Sterbefälle und Sterbeziffern wichtiger Todesursachen*):

Die Vogelgrippe-Pandemie 2005 verursachte weniger als 0,1% der jährlichen Todesfälle, die Schweinegrippe-Pandemie 2009 weniger als 0,01%, an der EHEC-Pandemie 2011 verstarben in der Schweiz gar Null Menschen (die „Killer-Gurken“-Magengrippe), telefonische Auskunft des BfS.

Die überwiegende Mehrheit der Todesfälle hatte andere Ursachen als die vielbeschworenen Pandemien:

Jeder zweite Mensch erkrankt an Krebs, die Heilungschancen sind gering. Die Behörden ordnen nun eine Erhöhung der Grenzwerte für das krebserregende Glyphosat um das 3600-fache in Fließgewässern an (bald wohl auch im Trinkwasser).

Diabetes fordert rund 1200 Todesopfer jedes Jahr, die Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln für eine Drosselung des Junk-food-Konsums wurde nur in der Light-Version bewilligt.

Das verheerende Ausmass der Zivilisationserkrankungen wird ignoriert und tabuisiert, im Vergleich harmlose saisonale Viren werden mit äusserst repressiven Massnahmen bekämpft: Corona ist meist nur bei einer schweren Vorerkrankung tödlich, die meisten der über 80-Jährigen erkrankten nicht infolge einer Covid-19-Infektion, 85% dieser Altersklasse überlebten eine Corona-Erkrankung (Romandie), ebenso über 90% der vorerkrankten Risikogruppen.

Es ist anhand der Statistiken nicht ersichtlich, warum Corona als eine grosse Bedrohung eingestuft wurde.

Forderungen an den Bundesrat

1. Keine Durchimpfung, bzw. Zwangsimpfungen

Bis Ende Jahr könne ev. genug Impfstoffe zur Verfügung stehen, um die gesamte Bevölkerung zu impfen? Bis dann ist der Virus verschwunden, wozu also noch impfen? Wenn in einigen Jahren ein „neuer Corona-Virus“ erneut Lungenentzündungen auslöst, werden die Covid-19-Impfstoffe nicht wirken.

Das Medikament darf nicht gefährlicher sein als die Krankheit, unreflektierte Problemlösungen bewirken oft eine Eskalation der Probleme. Impfungen sind nicht per se ungefährlich, genauso wenig wie Medikamente, auch da müssen manchmal Bewilligungen zurückgezogen werden. Überhastet bewilligte, fehlerhafte Impfstoffe können in der Gesamtbevölkerung schlimmere Schäden bewirken als Krankheiten, die nur Wenige gefährden. Als Genschutz-NGO engagieren wir uns gegen diese Gefahr.

Eine Wirksamkeit der innovativen mRNA-Impfstoffe ist noch sehr lange nicht in Sicht, die körpereigenen Enzyme zerstören stets die Impfstoff-mRNA, es muss noch ein Weg gefunden werden, um diesen Mechanismus ausschalten zu können, gefährliche Nebenwirkungen können nicht ausgeschlossen werden. Hybridom-Gentech-Impfungen könnten noch riskantere Nebenwirkungen bewirken als eine allfällige Autoimmunerkrankung.

Während des Corona-Lockdown in Deutschland wurde im Schnellverfahren eine Masern-Impfpflicht für alle Kinder durchgezogen. Die Gesundheitsministerien müssten endlich das vollständige Datenmaterial zu den Nebenwirkungen und Resistenzen von Impfstoffen publizieren, der Schutz der Geschäftsgeheimnisse statt der Kinder ist weder eine wissenschaftliche, noch demokratische akzeptable Basis der Entscheidungsfindung.

2) Geld für das Gesundheitswesen

Probleme können nur gelöst werden, wenn die Ursachen angegangen werden.

Das zentrale Problem der Corona-Krise sind die Spitalkapazitäten. Es ist weit effizienter, günstiger und für die Bevölkerung und die Risikogruppen weit solidarischer in Zukunft genug für Spitäler, Medizin- und Pflegepersonal zu bezahlen.

3) Konstruktive statt repressive Gesetze

Krise als Chance, echte Solidarität könnte sehr viele Menschen retten:

- An Krebs und anderen Erkrankungen durch Industriegifte sterben jedes Jahr über 20 000 Menschen in der Schweiz, ein Verbot dieser Giftstoffe könnte dieses Leiden senken. Und die Spitäler entlasten.
- Ein Klimakollaps würde das Leben Aller vernichten, Steuern auf Energieverschwendung könnten dies verhindern.

Warum sind Notstandsgesetze, die monatelange Hausarreste verlangen, um ev. wenige Menschen zu retten Solidarität? Und Gesetze, die sehr kleine Opfer verlangen, um Alle zu schützen wirtschaftsschädigend? Echte Solidarität würde alle gesundheits- und klimabelastenden Produkte durch unproblematische Alternativen ersetzen, fehlen solche, sollten start-ups unterstützt werden, die sie entwickeln, falls die Industrien diese Marktlücke nicht übernehmen wollen.

4) Eine Evaluierung der Massnahmen durch eine PUK

Jede Krise birgt in sich die Chance, Fehler zu korrigieren.

Noch nie hat die Schweiz ihre eigene Bevölkerung unter Arrest gestellt.

Die Grundrechte dürfen laut Art. 36 der Bundesverfassung nur ausser Kraft gesetzt werden, um „eine ernste, unmittelbare und nicht anders abwendbare Gefahr“ zu verhindern. Eine doch eher normale saisonale Erkrankung erfüllt diese Bedingung nicht.

Das Präjudiz Corona-Lockdown erschüttert zu Recht das bisherige Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung. Schutzmassnahmen dürfen nicht schlimmer sein als die Gefährdung, die Verhältnismässigkeit und Rechtmässigkeit müssen gewahrt werden: Die Grundgesetze und Menschenrechte dürfen nicht unter Druck und Schock ausser Kraft gesetzt werden. Mögliche *conflict of interest* von Beratern müssen abgeklärt werden, sie sind nicht zulässig.

Mit freundlichen Grüssen

Gentechkritisches Forum GenAu